

V0255/24

Umsetzung von Energiespar-Contracting-Projekten an 32 Liegenschaften der Stadt Ingolstadt unter gleichzeitiger Erfüllung der nach GEG § 71a neu vorgeschriebenen Maßnahmen:

Nachrüstungspflicht für eine Gebäudeautomatisierung bei bestehenden großen Liegenschaften sowie technische Inbetriebnahme-Management bei Neubauten (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Kuch)

Antrag:

1. Gemäß GEG §71a sind 32 städtische Liegenschaften mit einem System für Gebäudeautomatisierung und -steuerung auszustatten und ein technisches Inbetriebnahme-Management bei Neubauten einzuführen. Hierfür sind technische und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen. Der vorgeschlagenen Umsetzung für die Stadt Ingolstadt im Rahmen von Energiespar-Contracting-Verträgen wird zugestimmt.
2. Zur Steuerung der 32 Energiespar-Contracting-Projekte und Erfüllung der neuen gesetzlichen Pflichtaufgaben laut GEG § 71a wird nach Art. 68 Abs. 3 Nr. 2 GO eine Planstelle (1,0 VZÄ) in EG 11 zum nächsten aufzustellenden Haushalt ausgewiesen und zur sofortigen Besetzung freigegeben.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	14.05.2024	Vorberatung
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	15.05.2024	Vorberatung
Stadtrat	04.06.2024	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 14.05.2024

Herr Hoffmann merkt an, dass es hier ähnlich, wie bei den beiden vorherigen TOPs sei. Nach dem Gebäudeenergiegesetz sei man aufgefordert worden, bis zum 21.12.2024 alle größeren Liegenschaften bezüglich ihrer Gebäudetechnik zu überprüfen. Herr Hoffmann betont, dass dieser Zeitrahmen nicht eingehalten werden könne. Weiter verweist er auf die Ausführungen der Beschlussvorlage. Diese Arbeiten könne man mit eigenem Personal schon schaffen, aber man gehe davon aus, dass man zwei Personen benötige, um diese Funktion zu übernehmen. Insofern schlage er vor, dass eh geplante Energiespar-Contracting, als Pilotprojekt auf die 32 Liegenschaften auszudehnen und über einen Contractor die vom Gesetz geforderten Dinge, liefern und abarbeiten zu lassen. Für die Betreuung dieser Contractor benötige man immer noch eine Person im Amt für Gebäudemanagement.

Bevor die AfD-Stadtratsfraktion dieser Stelle zustimmen, wolle sie einen Überblick über die Gesamtkosten des GEG und Information über die noch geplanten Stellen. Weiter verweist Stadtrat Schüller auf den AfD-Antrag vom Mai letzten Jahres und bemängelt, dass dieser bis dato noch nicht behandelt worden sei.

Eine konkrete Aussage zu den Kosten könne noch nicht getroffen werden. Es werde nun alles Stück für Stück gesammelt und Herr Hoffmann könne nur eine momentane Kostenaufstellung vorlegen. Hierzu sei man auch bereits in Gange. Zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion merkt er an, dass diese Berechnung ein nicht unerheblicher Aufwand sei. Insofern bittet er um Verständnis.

Es sei durchaus nachvollziehbar, dass die Kosten nicht ganz genau ermittelt werden können. Stadtrat Schüller verweist hierzu aber auf andere bayerische Städte, die eine vernünftige Kostenschätzung vorzeigen können. Er bemängelt, dass Ingolstadt noch gar nichts habe.

Bei den Gebäuden sei bisher schon energetisch gespart, bzw. versucht worden Energie einzusparen. Wenn dies nun an einen Energiespar-Contractor vergeben werde, müssen nach den Worten von Stadtrat Deiser Kapazitäten in einem gewissen Rahmen frei werden. Weiter bittet er um eine Gegenrechnung gegenüber den Einsparungen eines Energiespar-Contractors und einer Stellenbesetzung.

Man gehe davon aus, dass die Kosten für den Contractor geringer seien, als die Kosten, die dadurch eingespart werden können. Wenn dies nicht so sei, mache dies wenig Sinn, so Herr Hoffmann. Der Vorteil des Energiespar-Contractors sei, dass dieser nichts anderes mache. Dieser ist auf diesen Bereich der Optimierung von Energieerzeugungsanlagen in Gebäuden spezialisiert. Weiter verweist Herr Hoffmann auf die Förderung durch den Bund. Zur Stellenbesetzung merkt er an, dass dies bisher in einem untergeordneten Maß erfolgt sei. Insofern könne keine Gegenrechnung erfolgen.

Dies mache durchaus Sinn, aber Stadtrat Wittmann habe die Bitte nach Abschluss dieser Prüfung einen Abschlussbericht zu erhalten. Dort sollen die genauen Einsparpotentiale vorgelegt werden.

Herr Hoffmann sichert hierzu eine Berichterstattung für das dritte Quartal dieses Jahres zu.

Für Stadtrat Stachel sei es hilfreich, wenn die Kompetenz in diesem Bereich der Energieeinsparung nicht nur bei externen Contractoren liege, sondern man auch in der Lage sei, dies selbst zu übernehmen. Somit könne man die Dinge etwas beeinflussen und nicht nur davon abhängig machen, was andere vorsetzten. Stadtrat Stachel glaube, dass viele Maßnahmen in diesem Bereich möglich seien. Ob diese immer alle sinnvoll sind, sei fraglich. Wenn man sich auf einen Dritten verlasse, könne es durchaus passieren, dass man für Dinge bezahle, die die Welt nicht brauche und am Schluss das positive Ergebnis eher belasten. Das Ergebnis werde zwar immer noch positiv sein, aber seines Erachtens werde sehr viel verkauft, was nicht zwingend sinnvoll sei und einen wirtschaftlichen Erfolg bringe.

Herr Hoffmann verweist auf die Teilung von zwei Dingen. Hierbei handelt es sich zum einen um die Bestandsgebäude, die das GEG in den Fokus nehme. Dies erledige das Amt für Gebäudemanagement, wo das Know-how erst im Aufbau sei. Dies werde sicherlich mehr werden, mit der einen Stelle die das Ganze betreue. Wo das Know-how bereits jetzt schon vorhanden sei, ist im Hochbauamt bei den Neubauten. Hier müsse man dies selbst machen und es solle kein Contractor mit einbezogen werden. Damit dies positiv werde, müssen die Einsparungen größer sein als der Gewinn, die der Contractor erzielen würde. Herr Hoffmann sichert zu, dass die Kollegen immer die Möglichkeit für Rückfragen beim Hochbauamt haben. Allerdings sei die Abteilung des Hochbauamtes zu klein, um dies mit zu übernehmen. Ansonsten wäre eine eigene Umsetzung kein Problem.

Herr Lange weist darauf hin, dass gerade im Immobilienwesen gelebte Praxis sei, dass viele Dinge mit externer Unterstützung erfolgen. Man brauche heutzutage so viele Experten die sich mit verschiedensten Dingen auskennen. Dies sei alleine nicht mehr überschaubar. Hier könne das Amt noch so groß sein. Insofern sichert Stadtrat Lange seine Zustimmung zu.

Mit allen Stimmen:
Entsprechend dem Antrag befürwortet.